

11

einmütig beschlossen

Forderung eines Konformitätszeichens für nachhaltig soziale Bedingungen für importierte (Handels-)Waren

Konformitätszeichen für nachhaltig soziale Bedingungen in der gesamten Lieferkette

Die Jusos in der SPD setzen sich dafür ein, dass auf Bundes- und auch auf EU-Ebene eine Kennzeichnung für sämtliche Importwaren eingeführt wird, die für nachhaltig soziale Bedingungen in jedem Abschnitt der Lieferkette steht.

Eingeführt werden soll diese Kennzeichnung zunächst in Form eines Siegels, das nach einer angemessenen Zeitspanne in ein verpflichtendes Konformitätszeichen geändert wird. Diese Kennzeichnung soll in der Struktur vergleichbar zum Bio-Siegel oder auch zur CE-Kennzeichnung sein und sich in den Anforderungen an bereits bestehenden Siegeln von gemeinnützigen Organisationen wie Transfair (Lebensmittel) oder Fair Wear Foundation (Textilien) orientieren. Auch das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereits ins Leben gerufene Bündnis für nachhaltige Textilien bietet eine gute Grundlage für die Erarbeitung von Normen für dieses Siegel.

Dadurch soll erreicht werden, dass Unternehmen nicht wie bisher auf freiwilliger Basis in verschiedenen Organisationen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen tätig werden können, sondern dass ein bundes- und schließlich auch EU-einheitlicher Standard geschaffen wird, der die ArbeiterInnen schützt und ein Mindestmaß an sozialen Bedingungen garantiert.

Die Unternehmen, die Waren nach Deutschland importieren und importieren möchten, dokumentieren die gesamten Lieferkette und machen sie dadurch transparent. Die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen und der Richtigkeit der Dokumentation führen staatliche oder private Kontrollstellen unter staatlicher Kontrolle durch, ähnlich den Öko-

Kontrollstellen für das Bio-Siegel oder den benannten Stellen für die CE-Kennzeichnung. Auch stichprobenartige Kontrollen in den Produktionsstätten vor Ort sollen dabei durchgeführt werden. Beispielsweise durch die oben genannten Kontrollstellen oder in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Das Augenmerk soll dabei auf der sozialen Verträglichkeit jedes Abschnittes in der Lieferkette liegen, insbesondere in Bezug auf die Rohstoffproduktion, alle Verarbeitungsschritte und auch den Transportweg.

Mögliche Punkte, die dabei überprüft werden, sind beispielsweise:

- ✦ die ArbeiterInnen erledigen die Arbeit freiwillig und werden in keiner Form zu etwas gezwungen
- ✦ die ArbeiterInnen haben gültige Arbeitsverträge, die angemessene Löhne und geregelte Arbeitszeiten garantieren
- ✦ die ArbeiterInnen haben das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren und für ihre Rechte zu streiken
- ✦ die ArbeiterInnen arbeiten in einer sicheren und nicht gesundheitsgefährdenden Umgebung, beispielsweise sind Feuerlöscher, unverschlossene Notausgänge und ausreichender Schutz bei Arbeiten mit Chemikalien und / oder unvermeidlichen Gefahrenstoffen gewährleistet
- ✦ im Bereich des Rohstoffanbaus ist darauf zu achten, dass die Bodennutzung ausgewogen ist und Monokulturen entgegengewirkt wird
- ✦ im Bereich des Rohstoffabbaus ist auf Nachhaltigkeit großer Wert zu legen

Nach einer angemessenen Zeit sollen für Unternehmen, deren Produkte das Siegel tragen, deren Arbeitsbedingungen jedoch nicht den Voraussetzungen entsprechen, finanzielle Sanktionen eingeführt werden. So soll sichergestellt werden, dass die Einhaltung der Mindestanforderungen auch für die in Deutschland ansässigen oder nach Deutschland exportierenden Unternehmen an Priorität gewinnt und sie daran aktiv mitwirken, dass diese Standards eingehalten werden. Eine Möglichkeit dafür bietet beispielsweise die Auftragsvergabe. Bei der Festlegung der Auftragsdauer und der Fristen bis zur Lieferung der Waren muss darauf Rücksicht genommen werden, dass die Fabriken und Hersteller die angeforderten Warenmengen innerhalb der maximalen Tages- beziehungsweise Wochenarbeitszeit auch produzieren können und nicht von vornherein zu unsozialen Arbeitsbedingungen gezwungen werden, um die Zeitpläne einhalten zu können.

Als dritter Schritt soll das Siegel zu einer verpflichtenden Kennzeichnung werden, ohne die Produkte nicht eingeführt werden dürfen. Dabei ist zu prüfen, inwieweit bei Zuwiderhandlungen striktere Maßnahmen wie hohe Strafen oder sogar zeitweilige Einfuhrverbote zielführend sind. Langfristig ist es dabei anzustreben, eine solche Kennzeichnung auch auf der gesamten EU-Ebene einzuführen, sodass Importe in alle EU-Länder diese Bedingungen erfüllen müssen. So soll ein gleicher Standard für eine einheitliche und vergleichbare Qualität innerhalb der EU sorgen.

Ein positiver Nebeneffekt dieser Kennzeichnung ist eine gerechtere Wettbewerbssituation für Unternehmen, die innerhalb der EU produzieren. Auf Grund der höheren Fertigungskosten ergeben sich höhere Preise für die Waren, während auf dem Markt zeitgleich viele ähnliche Waren angeboten werden, die in Niedriglohnländern produziert wurden und entsprechend günstiger an die Verbraucher abgegeben werden können. Durch eine Anhebung des Standards in Niedriglohnländern werden die Produktionskosten geringfügig höher, doch dadurch ergibt sich auch ein geringerer Preisunterschied zu den innerhalb der EU gefertigten Handelswaren.

Durch die Umsetzung dieser Kennzeichnung wird Menschenrechtsverletzungen der ArbeiterInnen außerhalb der EU Einhalt geboten und ihnen kann die Wahrung ihrer Würde zugesichert werden. Darüber hinaus ergibt sich aus dieser Kennzeichnung eine bessere und gerechtere Wettbewerbssituation auf dem deutschen beziehungsweise europäischen Markt.

Nichtsdestotrotz stellen wir fest, dass mit der Einführung eines solchen Konformitätszeichens nicht die herrschaftsgeprägten Strukturen des Kapitalismus angegriffen wird. Es mildert in einem gewissen Maß lediglich die sozialen Ungleichheiten ab, die unserem Verständnis nach Ungerechtigkeiten sind. Wir stellen aus unserem Selbstverständnis fest, dass das weltweite Wirtschaftsleben niemals von ungerechten Strukturen befreit werden kann, sofern es kapitalistisch organisiert ist, da es auf einem Konkurrenzgedanken aufbaut, welches die vorgenannten Ungerechtigkeiten produziert.

Nichtsdestoweniger befürworten wir den Grundgedanken, die hinter der Idee des Konformitätszeichens steckt: Nämlich Millionen von Menschen in einer maroden und inhumanen Wirtschaftsordnung eine Perspektive und soziale Sicherheit zu bieten. Denn damit erhal-

ten sie die nötigen Ressourcen, sich mit der unmenschlichen Systematik des Kapitalismus auseinanderzusetzen und sich gegenseitig aufzuklären.